

ÖFFENTLICHE UNTERSTÜTZUNG UND KRITIK IM KONTEXT MULTIPLER KRISEN UND NEUER LEITBILDER

Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024

Zusammenfassung

2024

DEVELOPMENT
ENGAGEMENT
LAB



mem
DEval Meinungsmonitor Entwicklungspolitik



DEval

DEUTSCHES
EVALUIERUNGSMITTEL
DER ENTWICKLUNGS-
ZUSAMMENARBEIT

IMPRESSUM

Verfasst von

Dr. Martin Bruder
Dr. Alexandra Gödderz
Dr. Sebastian H. Schneider
Dr. Helge Zille

Verantwortliche Teamleitung

Dr. Sebastian H. Schneider

Verantwortliche Abteilungsleitung

Dr. Martin Bruder

Layout

Zlatka Dimitrova, Katharina Mayer, DEval

Lektorat

Silvia Richter, mediamondi, Berlin

Bildnachweis

Illustration Titelbild: FAZIT Communication GmbH

Bibliografische Angabe

Schneider, S. H., A. Gödderz, H. Zille und M. Bruder (2024), *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024. Öffentliche Unterstützung und Kritik im Kontext multipler Krisen und neuer Leitbilder*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

Druck

Bonifatius, Paderborn

© Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval), 2024

ISBN 978-3-96126-214-4 (gebundene Ausgabe)

ISBN 978-3-96126-215-1 (PDF)

Herausgegeben von

Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval)
Fritz-Schäffer-Straße 26
53113 Bonn

Tel: +49 (0)228 33 69 07-0

E-Mail: info@DEval.org

www.DEval.org

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten.

Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und die Transparenz zu den Ergebnissen zu erhöhen.

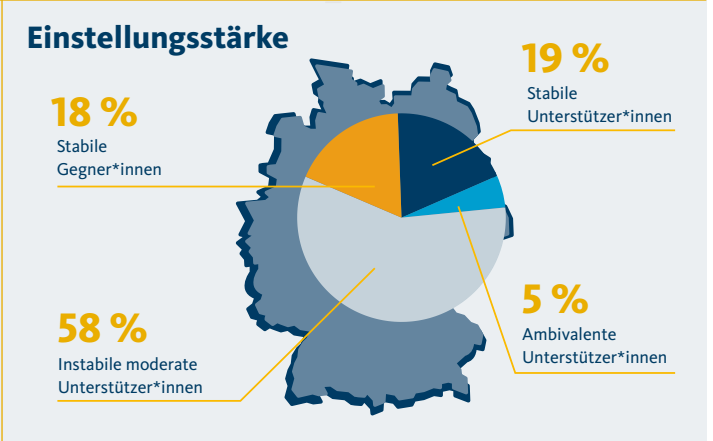
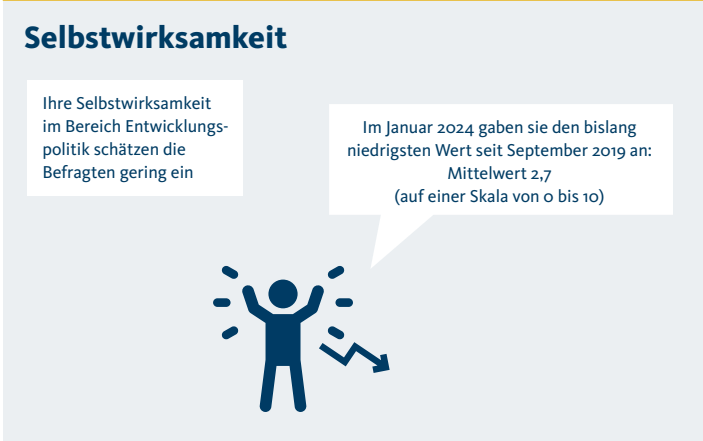
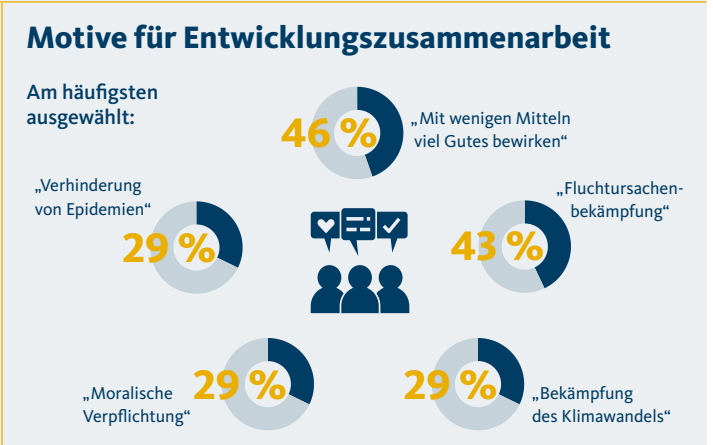
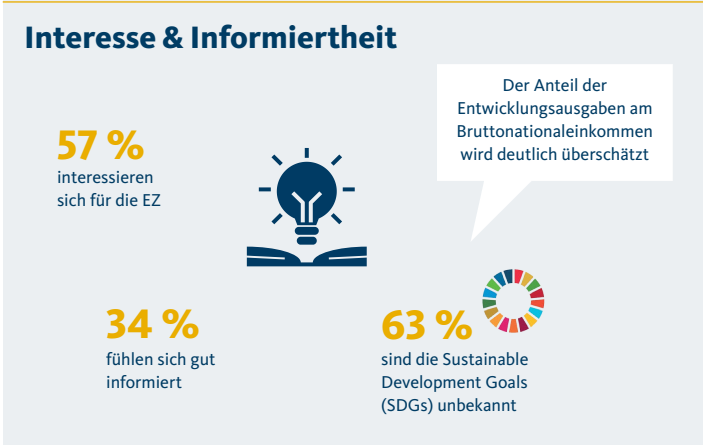
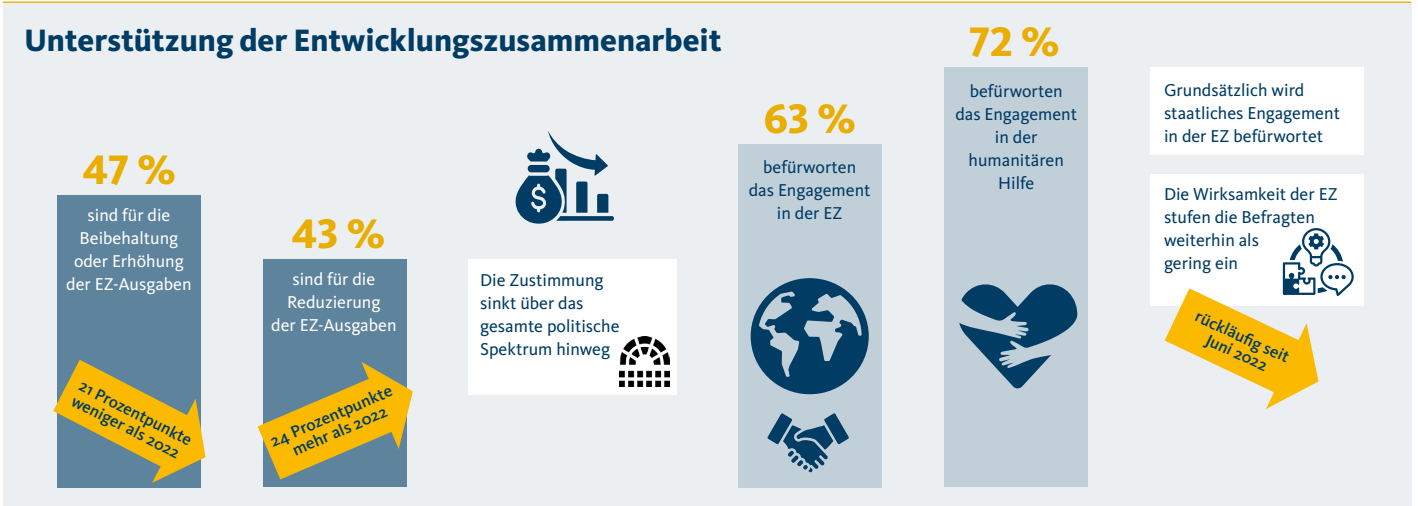
In der Reihe „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik“ verfasst das DEval regelmäßig Analysen über die Einstellungen der Bevölkerung zu Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sowie zu globaler nachhaltiger Entwicklung.

Der vorliegende Bericht ist auch auf der DEval-Website als PDF-Download verfügbar unter:

<https://www.deval.org/de/publikationen>

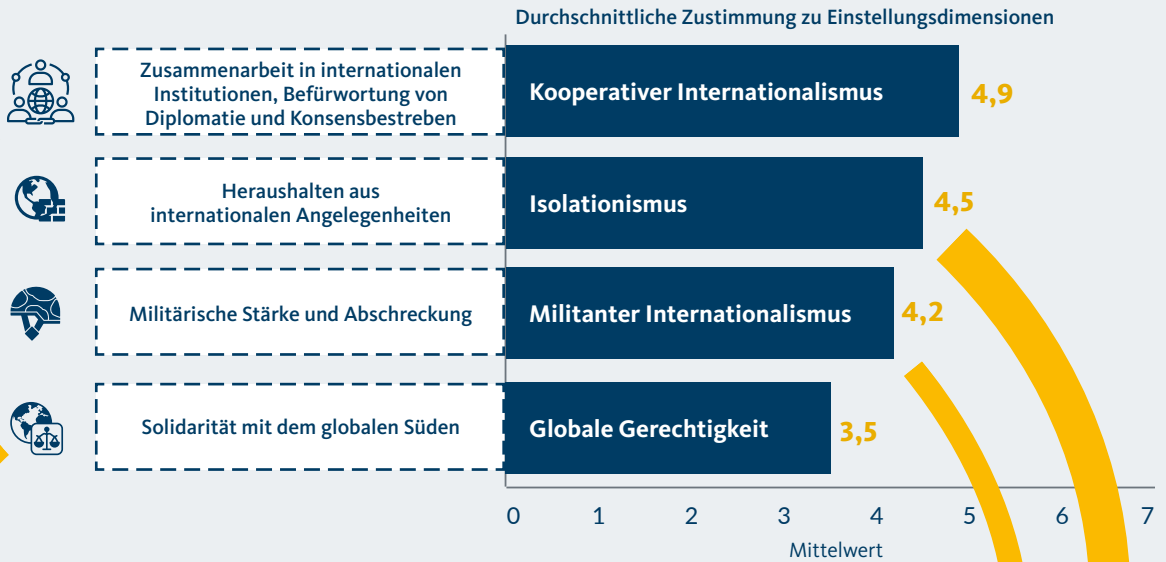
Anfragen nach einer gebundenen Ausgabe richten Sie bitte an:
info@DEval.org

Einstellungen zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit



Entwicklungspolitische Einstellungen im Kontext von Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik

Vier außen- und sicherheitspolitische Einstellungsdimensionen



Unterschiede zwischen Anhänger*innen verschiedener Parteien

- Kooperativer Internationalismus und globale Gerechtigkeit werden von Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen durchschnittlich am stärksten befürwortet, von Anhänger*innen der AfD am schwächsten
- Militanter Internationalismus erfährt von Anhänger*innen der Parteien CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen durchschnittlich den stärksten Zuspruch, von Anhänger*innen der Partei Die Linke den schwächsten
- Ein isolationistischer Ansatz in der Außenpolitik wird von Anhänger*innen der AfD durchschnittlich am stärksten befürwortet, von Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen am schwächsten

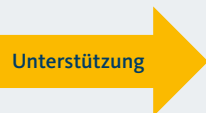
Zusammenhänge mit Einstellungen zu Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit

Befürwortung von ...

hängt zusammen mit:



kooperativem Internationalismus



Erhöhung der EZ-Ausgaben



globaler Gerechtigkeit



Konkrete EZ-Maßnahmen



Isolationismus



Feministische Entwicklungspolitik



Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine

Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit im Kontext sicherheitspolitischer und ökonomischer Herausforderungen

Zustimmung zu Engagement in Notsituationen



Die Zustimmung
zu Engagement
in Notsituationen
ist hoch



Stärker für
die Ukraine als für
andere Länder

Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Zustimmung zu Entwicklungszusammenarbeit

Wirtschaftssorgen als wichtiger Faktor für sinkende Unterstützung der EZ



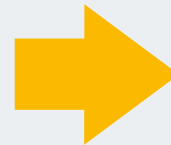
Sorgen um nationale
wirtschaftliche Lage



Sorgen um eigene
wirtschaftliche Lage



Informationen über
wirtschaftliche Engpässe



weniger
EZ-Unterstützung

Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit angesichts kriegerischer Konflikte



Präferenzen für Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

➔ Moldau: 12 Prozentpunkte mehr als 2020

➔ Ukraine: 14 Prozentpunkte mehr als 2020

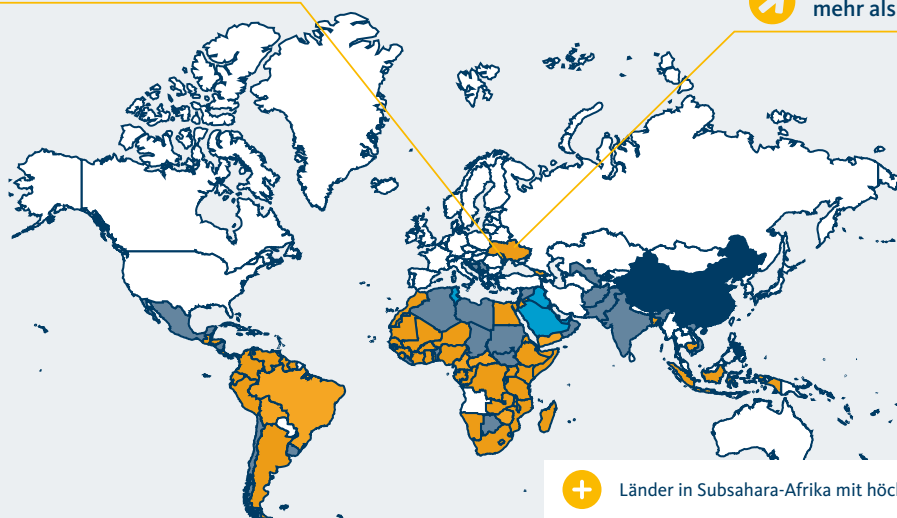
Ländermerkmale

Geopolitische Faktoren

- Enger Partner Chinas
- Unterstützung des Angriffskrieges auf die Ukraine
- + Energielieferant

Bedarfsorientierte Eigenschaften

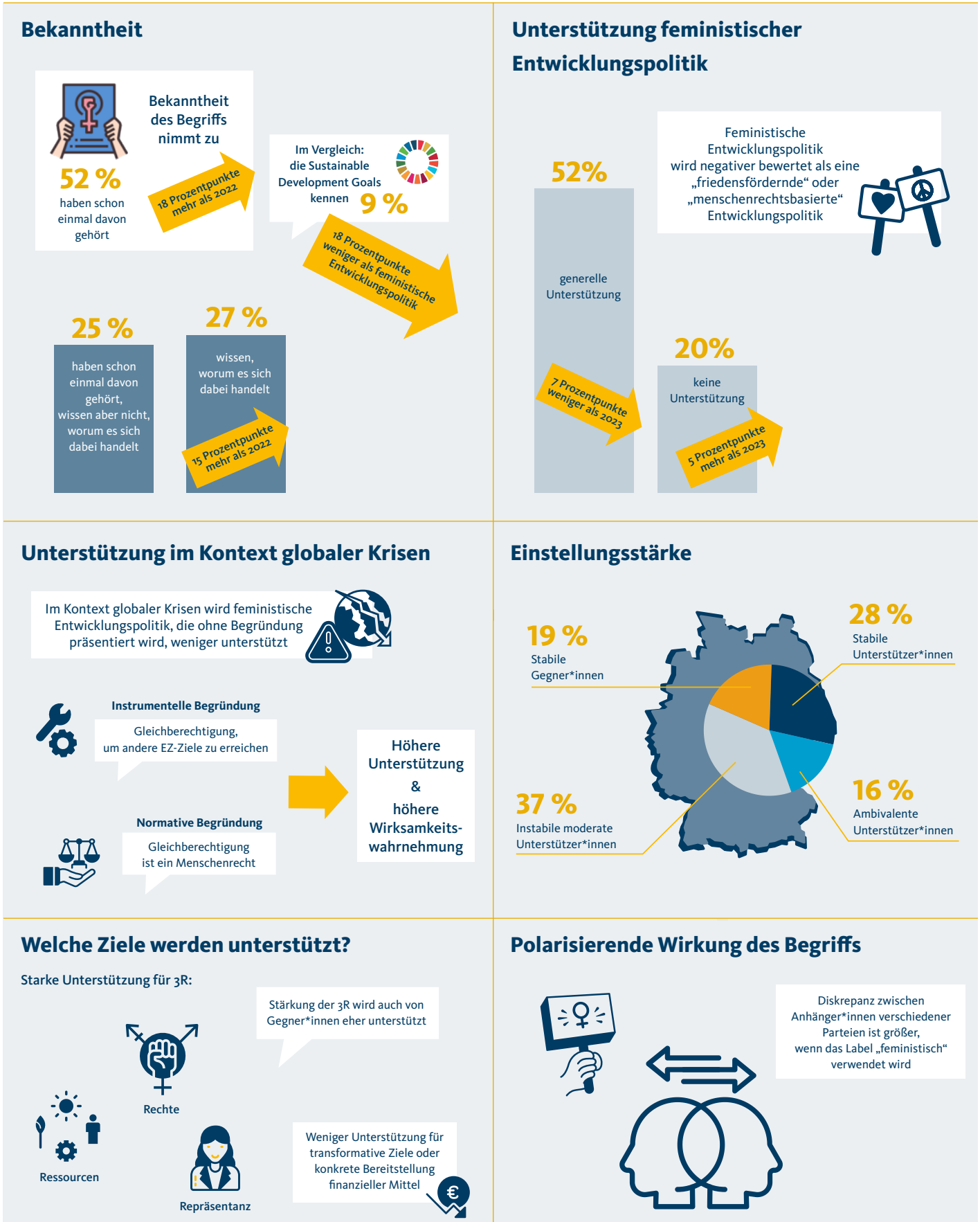
- + Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels
- + Armutsniveau



- 50-60 %
- 40-50 %
- 30-40 %
- 20-30 %
- keine Daten

- + Länder in Subsahara-Afrika mit höchster Zustimmung
- China und Länder auf der Arabischen Halbinsel mit niedrigster Zustimmung

Die Einstellung der Bevölkerung zu feministischer Entwicklungspolitik



ZUSAMMENFASSUNG

Hintergrund

Die deutsche Entwicklungspolitik ist durch zahlreiche globale Krisen und mangelnden Fortschritt beim Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen gefordert wie selten zuvor. Gleichzeitig werden viele Partnerländer fragiler, und die Zahl autokratisch regierter Staaten nimmt zu. In Zusammenhang mit Entwicklungen im Inland wie der angespannten Wirtschafts- und Haushaltslage stellt die Öffentlichkeit die Entwicklungspolitik zunehmend infrage. Diese Herausforderungen fallen in eine Zeit, in der die Bundesregierung in ihrem internationalen Engagement neue Schwerpunkte setzt, etwa mit ihrem 2023 präsentierten Leitbild einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik (siehe Kapitel 1: Kontext und Ziele des Berichts).

Fragestellung

Vor dem Hintergrund dieser multiplen Krisen und des neuen Leitbildes der Entwicklungspolitik stellt der Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024 wichtige Informationen für die politische Kommunikations-, Bildungs- und Strategiearbeit bereit, indem er

1. ein detailliertes Bild der entwicklungspolitischen Einstellungen der Bevölkerung Deutschlands und ihrer Veränderungen über die Zeit zeichnet und dabei punktuell auf Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen eingeht,
2. Einstellungen zu Entwicklungspolitik im Zusammenhang mit generellen Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet,
3. die Einstellungen zu Entwicklungspolitik im Kontext außen- und sicherheitspolitischer Krisen und des Krieges gegen die Ukraine sowie der damit einhergehenden Herausforderungen untersucht und
4. auf das Wissen, das Verständnis, die Wahrnehmungen sowie die Einstellungen zum Leitbild der feministischen Entwicklungspolitik und deren Inhalte eingeht.

Datenbasis

Die Studie nutzt ein breites Spektrum an Umfragedaten, die 2023 und 2024 erhoben wurden. Zusätzlich werden Sekundärdaten des *Aid Attitudes Tracker* (AAT) und des *Development Engagement Lab* (DEL) ab dem Jahr 2013 ausgewertet und Zeitreihen relevanter Einstellungsindikatoren fortgeschrieben (siehe Kapitel 2: Datenbasis und Methodik).

Einstellungen zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Zeitverlauf

Seit Anfang 2022 ist die Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) unter den Befragten rückläufig. Nur 47 Prozent der Befragten befürworteten im Januar 2024 gleichbleibende oder erhöhte EZ-Ausgaben – ein Rückgang um 21 Prozentpunkte. Nachlassende Zustimmung lässt sich dabei über das gesamte politische Spektrum hinweg beobachten. Dass die Bundesregierung generell EZ und humanitäre Hilfe leistet, erfährt bei 63 beziehungsweise 72 Prozent der Befragten hohe Zustimmung, wenngleich diese seit Januar 2023 leicht rückläufig ist. Im Vergleich zu anderen Politikfeldern sehen viele Befragte die EZ als einen Bereich, in dem die Mittel am ehesten gekürzt werden könnten (21 % der Befragten).

Obwohl die Befragten mehrheitlich ein grundsätzliches Interesse am Themenfeld Entwicklungspolitik/EZ äußern (57 %), fühlen sich nur 34 Prozent hierüber gut informiert. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) der Agenda 2030 waren im Oktober 2023 zwar 30 Prozent der Befragten bekannt, jedoch wissen lediglich 9 Prozent genau, worum es sich dabei handelt. Eine Mehrheit von über 60 Prozent hat bisher noch nichts von den SDGs gehört.

„Mit wenigen Mitteln viel Gutes bewirken“ (46 %) und „Fluchtursachenbekämpfung“ (43 %) bleiben für die Befragten die überzeugendsten Motive für die EZ. Andere Motive wie „moralische Verpflichtung“, „Bekämpfung des Klimawandels“ und „Verhinderung von Epidemien“ haben im Zeitverlauf etwas an Zustimmung verloren.

Verantwortlich für die Durchführung von EZ sind nach Ansicht der Befragten vor allem die Europäische Union (49 %) und multilaterale Organisationen (48 %), gefolgt von den Regierungen der Partnerländer (41 %) sowie der deutschen Bundesregierung (35 %). Als Ziele der EZ werden am häufigsten Verbesserungen in den Sektoren Wasser, Sanitär und Hygiene (WASH; 56 %), Bildung (47 %), Gesundheit (42 %) sowie Landwirtschaft und Ernährung (41 %) befürwortet.

Die Mehrheit (58 %) der Befragten hat eine moderat positive, aber relativ instabile Einstellung zur EZ. Nur 19 Prozent können als stabile Unterstützer*innen identifiziert werden, gleichzeitig sind 18 Prozent stabile Gegner*innen.

Ihre Selbstwirksamkeit im Bereich Entwicklungspolitik – also das Gefühl, entwicklungspolitisch selbst etwas bewirken zu können – schätzen die Befragten als gering ein. Seit Anfang 2022 ist das Gefühl der Selbstwirksamkeit von 3,3 auf 2,7 zurückgegangen (auf einer Skala von 0 = „kann überhaupt nichts bewirken“ bis 10 = „kann sehr viel bewirken“). Auch die Wirksamkeit der deutschen EZ stufen die Befragten weiterhin als gering ein. Etwa 18 Prozent bewerten sie als „sehr effektiv“, während rund 32 Prozent sie als „absolut ineffektiv“ betrachten. Auch hier ist im Vergleich zu Anfang 2022 eine negativere Einschätzung erkennbar (siehe Kapitel 3: Einstellungen zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Zeitverlauf).

Entwicklungspolitische Einstellungen im Kontext von ...

... Außen- und Sicherheitspolitik

Viele Befragte befürworten in der Außen- und Sicherheitspolitik am stärksten die Zusammenarbeit in internationalen Institutionen sowie Diplomatie und Konsensbestreben (Einstellungsdimension „kooperativer Internationalismus“). Eine ähnlich hohe Zustimmung findet die Haltung, dass Deutschland sich aus internationalen Angelegenheiten eher heraushalten sollte (Dimension „Isolationismus“). Einer Außen- und Sicherheitspolitik, die auf militärische Stärke und Abschreckungspotenzial setzt (Dimension „militanter Internationalismus“), stimmen die Befragten hingegen weniger zu. Noch geringer fällt die Zustimmung für eine Außen- und Sicherheitspolitik aus, die die Unterstützung von Ländern des globalen Südens in den Mittelpunkt stellt (Dimension „globale Gerechtigkeit“). Diese Einstellungsdimension entspricht konzeptionell am ehesten der generellen Unterstützung für EZ.

Diejenigen Befragten, die kooperativen Internationalismus und globale Gerechtigkeit befürworten, sprechen sich auch eher für eine Erhöhung der EZ-Ausgaben, konkrete EZ-Maßnahmen, entwicklungspolitische Hilfe für die Ukraine und eine feministische Entwicklungspolitik aus. Hingegen lehnen diejenigen Befragten, die einen isolationistischen Ansatz unterstützen, solche Maßnahmen ab (siehe Unterkapitel 4.2: Entwicklungspolitische Einstellungen im Kontext von Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik).

... sicherheitspolitischen und ökonomischen Herausforderungen

Vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer und ökonomischer Herausforderungen zeigen die Befragten ein hohes Maß an Unterstützung für internationales Engagement in Notsituationen. Hierbei befürworten sie Maßnahmen für die Ukraine etwas stärker als Maßnahmen für andere Länder.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine schätzen die Befragten ihre künftige persönliche und auch die künftige nationale wirtschaftliche Lage negativer ein. Dies geht mit einer abnehmenden Unterstützung für EZ einher. Des Weiteren zeigen experimentelle Befunde, dass der Hinweis auf die angespannte Haushaltslage in Deutschland die Zustimmung zu EZ über verschiedene demografische, sozioökonomische und politische Merkmale hinweg negativ beeinflusst.

Werden die Befragten in einem Umfrageexperiment über den Krieg in der Ukraine informiert – einen in den Medien präsenten und geografisch nahen Krieg –, äußern sie anschließend eine höhere Zustimmung zu EZ als diejenigen, die über den medial weniger präsenten und geografisch fernen Krieg im Jemen informiert wurden. Diese höhere Zustimmung ist vor allem auf die stärker empfundene Betroffenheit und Sicherheitsbedrohung durch die Lage in der Ukraine sowie auf eine als größer empfundene Ähnlichkeit zu den dort lebenden Menschen zurückzuführen.

Nach konkreten Ländern befragt, bevorzugen die Teilnehmenden als Partner für die deutsche EZ Länder in Subsahara-Afrika, während die Präferenz für eine Zusammenarbeit mit Ländern auf der arabischen Halbinsel und in Nordafrika sowie mit China geringer ausfällt. Eine Zusammenarbeit mit der Ukraine wird im Vergleich zu 2020 deutlich stärker unterstützt.

Beim Vergleich hypothetischer Länderprofile führen geopolitische Faktoren wie eine enge Partnerschaft zu China oder die Unterstützung des russischen Angriffs auf die Ukraine zu einer deutlichen Ablehnung von Partnerländern. Im Gegensatz dazu priorisieren die Befragten Länder, aus denen Deutschland Energie bezieht. Die Zahl der Geflüchteten, die aus einem potenziellen Partnerland nach Deutschland kommen, hat keinen Einfluss

darauf, ob die Befragten die EZ mit diesem Land unterstützen. Zusätzlich spielen bedarfsbezogene Eigenschaften der Länder wie Verwundbarkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels oder das Armutsniveau eine wichtige Rolle. Darüber hinaus lehnen die Befragten Länder mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung als Partnerländer eher ab (siehe Unterkapitel 4.3: Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit im Kontext sicherheitspolitischer und ökonomischer Herausforderungen).

... *feministischer Entwicklungspolitik*

Immer mehr Menschen kennen den Begriff „feministische Entwicklungspolitik“. So gab im Januar 2024 eine knappe Mehrheit der Befragten (52 %) an, schon einmal von feministischer Entwicklungspolitik gehört oder gelesen zu haben; 27 Prozent bestätigten zu wissen, worum es dabei geht. Dies ist seit Juni 2022 ein Anstieg um 15 Prozentpunkte. Obwohl die Befragten die Grundzüge der feministischen Ausrichtung verstehen, sind ihnen spezifischere Inhalte wie intersektionale, postkoloniale oder machtkritische Ansätze weitgehend unbekannt.

Während im Januar 2023 noch 59 Prozent der Befragten die feministische Entwicklungspolitik unterstützten, ist diese Zustimmung im Januar 2024 auf 52 Prozent gesunken. Im Vergleich zu anderen Schwerpunktsetzungen, etwa einer „menschenrechtsbasierten“ oder „friedensfördernden“

Entwicklungspolitik, befürworten die Befragten eine feministische Entwicklungspolitik weniger. Von den in der BMZ-Strategie beschriebenen Zielen einer feministischen Entwicklungspolitik stimmen die Befragten vor allem den übergeordneten Zielen zu, die „Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen“ zu stärken. Konkret finanzielle Mittel für Projekte zur Förderung der Gleichberechtigung bereitzustellen, wird von den Befragten hingegen weniger unterstützt.

Die Verwendung des Labels „feministisch“ für Entwicklungspolitik führt dazu, dass die Meinungen der Anhänger*innen verschiedener Parteien stärker variieren, als wenn dieselben feministische Inhalte ohne das Label präsentiert werden.

Etwa 28 Prozent der Befragten sind stabile Unterstützer*innen feministischer Entwicklungspolitik, haben also eine gefestigte Einstellung zu diesem Thema. Insgesamt 63 Prozent zählen zu den moderat instabilen oder ambivalenten Unterstützer*innen, 19 Prozent können als stabile Gegner*innen bezeichnet werden.

In Zeiten globaler Krisen wird feministische Entwicklungspolitik zudem eher unterstützt, wenn diese normativ oder instrumentell begründet wird, als wenn keine zusätzliche Begründung geboten wird (siehe Unterkapitel 4.4: Die Einstellung der Bevölkerung zu feministischer Entwicklungspolitik).

Implikationen für die entwicklungspolitische Strategie-, Kommunikations- und Bildungsarbeit

Implikation 1: Die Zustimmung zu EZ nimmt ab. Entwicklungspolitische Akteure sollten in dieser Situation mögliche Änderungen ihrer Strategien prüfen und die politische Kommunikations- und Bildungsarbeit mit Blick auf künftige Herausforderungen vorausschauend gestalten.

Implikation 2: Ein Großteil der Bevölkerung hat moderat positive, aber instabile Einstellungen zu Entwicklungspolitik. Für entwicklungspolitische Akteure bietet es sich an, die Kommunikation aktiv zu suchen, um so den bislang bestehenden entwicklungspolitischen Konsens aufrechtzuerhalten.

Implikation 3: Die zunehmende Verknüpfung von EZ und geo- beziehungsweise sicherheitspolitischen Aspekten führt zu neuen Spannungsfeldern in der Entwicklungspolitik; hier gilt es, eine neue Balance der Interessen zu finden und diese entsprechend zu kommunizieren.

Implikation 4: Die polarisierende Wirkung des Begriffs „feministische Entwicklungspolitik“ erfordert eine sorgfältige Abwägung, ob und wie das Label eingesetzt wird; konsensfähige Inhalte sollten umgesetzt und der Öffentlichkeit vermittelt werden (siehe Kapitel 5: Implikationen).